

Ohne Schuldenschnitt kein Neuanfang

Nicht erst einmal mussten sich die Griechen in ihrer Geschichte mit einem Kapitalschnitt retten. Jüngst 2010 mit rund 110 Milliarden Euro. Das war aber zu wenig an Schuldenstreichung. Es wird kein Weg an einer nochmaligen Entlastung der öffentlichen Verbindlichkeiten vorbeigehen, die sich mittlerweile, nicht zuletzt durch eine kontraproduktive Austeritäts- bzw. Kürzungspolitik, auf 316 Milliarden Euro aufgehäuft haben. Das waren 2015 fast 195 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Tendenz weiter steigend.

Es gibt jedoch nach wie vor hartnäckige Verweigerer im neoliberalen Lager für einen Schuldenschnitt. Allen voran der deutsche Finanzminister. Der Jurist Wolfgang Schäuble versteht offensichtlich die Ökonomie nicht. In jedem Lehrbuch der Makroökonomie steht etwas über das gesamtwirtschaftliche Sparparadoxon, das sich aus der einzelwirtschaftlichen Rationalitätsfalle ergibt. So ist es sicher für einen privaten Haushalt rational sein Vermögen durch sparen zu vermehren. Tun es aber alle, und senken so massenhaft ihre Ausgaben, dann gehen auch die Einnahmen (Umsätze) der Unternehmen zurück und der Staat nimmt weniger Steuern ein. Die Krise ist dann da. Kürzt jetzt zusätzlich noch die Politik wegen der neoliberalen Forderung nach einer „schwarzen Null“ im Staatshaushalt die öffentlichen Ausgaben, verhält sich also parallel zu den Privaten, dann wird Öl ins Feuer gegossen und die Krise verschärft sich gefährlich. Am Ende haben alle durch ihr sparen (kürzen) nicht mehr, sondern paradoxerweise weniger an Vermögen oder noch mehr an Schulden.

Mit einer solchen bornierten krisenverschärfenden Parallelpolitik wurde die erste deutsche Demokratie, die Weimarer Republik, zerstört und dem Hitler-Faschismus 1933 der Weg bereitet. Wo das endete ist hinlänglich bekannt. Lehrbuchmäßig und analog kann man heute verfolgen, was in Griechenland passiert. Das Sparparadoxon hat aus Griechenland eine Elendsökonomie gemacht. Die Kürzungsorgien können hierfür als Ursache identifiziert werden. 25 Prozent registrierte Arbeitslosenquote, die wirkliche Zahl ist noch höher, und eine Arbeitslosenquote bei den Jugendlichen von 50 Prozent, sind dafür nur zwei konkrete ökonomische Indikationen.

Den griechischen Gläubigern und ihrem besten Interessen-Anwalt, Schäuble, interessiert das aber nicht. Über sogenannte Rettungspakete in Höhe von mittlerweile 216 Milliarden Euro, deren Vergabe an eine brutale Austeritätspolitik geknüpft ist, wird letztlich nur das Kapital der Vermögenden geschützt und die Griechen selber immer tiefer in die Verschuldung getrieben. Nur 9,7 der 216 Milliarden Euro neuer Kredite, stellt eine Studie der European School of Management and Technology (ESMT), Berlin, fest, sind über den Staatshaushalt zumindest mittelbar dem griechischen Volk wieder zugutegekommen. Mit 86,9 Milliar-

den Euro wurden lediglich alte Schulden in neue verwandelt und 52,3 Milliarden Euro mussten die Griechen ihren vermögenden Gläubigern auf die Schuldenbestände an Zinsen überweisen. Darüber hinaus flossen 37,3 Milliarden Euro der Rettungspakete an die Banken, um sie vor der Insolvenz zu bewahren.

So wird das nichts mit der Rettung. Das ESMT fordert daher zu Recht einen wirkamen und gezielten Schuldenschnitt. Mit Schuldenstreckung und Zinsaussetzung ist es als Palliativmittel nicht mehr getan. Schuldenstreckung verteuert am Ende nur den Kredit. Und wenn die Rückzahlung (Annuität) auch weit hinausgeschoben wird, so hängt das Schuldnersein wie ein Mühlstein am Hals und belastet die Volkswirtschaft mit der immer wieder von den Gläubigern angemahnten und noch zu begleichenden Forderung. In diesem Kontext von Schuld und Sühne sei an den großen britischen Ökonomen John Maynard Keynes (1883-1946) erinnert, der in Anbetracht der wirtschaftlichen Folgen für Deutschland aus dem Versailler-Friedensvertrag nach dem Ersten Weltkrieg damals vor den völlig überzogenen wirtschaftlichen Erwartungen der Siegermächte warnte. Die Deutschen und ihre erste demokratische Republik konnten die auferlegten Reparationszahlungen, obwohl man sich anfänglich durchaus bemühte ihnen nachzukommen, nicht leisten. In Folge kam es zu einem enormen ökonomischen und sozialen Druck im Inneren, der letztlich politisch in den Hitler-Faschismus und in die Katastrophe führte.

Um den Reparationszahlungen wirklich nachkommen zu können, hätten die Alliierten Handelsdefizite und damit Handelsüberschüsse bei den Deutschen akzeptieren müssen. Dies wollten sie aber zum Schutz ihrer eigenen Wirtschaft nicht und zogen deshalb verheerende protektionistische Maßnahmen vor. Hier zeigen sich deutliche Parallelen zu Griechenland: Der geforderte Schuldenabbau bzw. die Befriedigung der Gläubiger kann entweder nur durch eine Drosselung der griechischen Importe, Schrumpfung des Wachstums und des Volkseinkommens, bei gleichzeitig auftretender extrem hoher Massenarbeitslosigkeit, also durch die Herbeiführung einer Elendsökonomie, umgesetzt bzw. geleistet werden. Dies geschieht gerade! Als Alternative könnte Griechenland auf Exportüberschüsse setzen. Griechenland verfügt aber über keine wettbewerbsfähige Exportwirtschaft. Dafür aber über eine stark negative Leistungsbilanz. Diese weist allein von 1990 bis 2013 ein kumuliertes Defizit in Höhe von 256 Milliarden Euro aus. Dann bliebe noch eine binnenwirtschaftlich getriebene Wachstumsstrategie. Dazu müsste aber ein umfangreiches sozial-ökologisches Investitionsprogramm aufgelegt werden, dass jedoch systematisch durch eine von der Europäischen Kommission, der Europäischen Zentralbank und dem Internationalen Währungsfonds aufgezwungene Austeritätspolitik verhindert wird. Ja, dann bleibt ökonomisch nur noch ein Befreiungsschlag durch einen Schuldenschnitt, um aus dem Teufelskreis von Austerität – noch mehr Schulden – noch mehr Austerität auszubrechen und zumindest die Chance für einen Neuanfang zu bekommen. Ansonsten ist Griechenland nicht mehr zu retten. Wir wissen dann aber auch, wer das zu verantworten hat.

Übrigens hat Deutschland erst im Oktober 2010, fast hundert Jahre nach Versailles, die letzte Rate der Reparationsschuld den Alliierten überwiesen.

Zuerst erschienen in: Frankfurter Rundschau am 14.5.2016